

## **Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Ordnung und Stadtentwicklung am 27.08.2014**

### **Zu TOP : 3.1.2**

#### **1. Beteiligung zum Entwurf des Landesraumentwicklungsprogramms M-V 2015 - Stellungnahme der Hansestadt Stralsund**

##### **Vorlage: B 0083/2014**

Herr Lastovka macht zu Beginn der Beratung darauf aufmerksam, dass zum 30.09.2014 die Stellungnahme der Hansestadt der Landesregierung vorliegen sollte.

Herr Wohlgemuth informiert, dass diese Frist bereits bis zum 30.09.2014 verlängert wurde. Es wird hierzu eine zweite Beteiligungsrunde voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2015 stattfinden. Diese dient dann jedoch eher der Feinabstimmung. Grundsätzliche Anmerkungen, Kritikpunkte etc. sollten in der ersten Runde vorgebracht werden.

Herr Wohlgemuth berichtet, dass innerhalb der Verwaltung alle Bereiche beteiligt wurden, so dass aus Sicht der Hansestadt die vorliegende Stellungnahme für die weitere Beratung vorgelegt und dem Ministerium zur weiteren Berücksichtigung übergeben werden kann.

Herr Gottschling erfragt zu Kapitel 8.1, bezüglich der Ablehnung des Vorbehaltes einer landwirtschaftlichen Nutzfläche im Trinkwasserschutzgebiet Borgwallsee, ob diese Nutzung bislang erlaubt war und es künftig wegfallen soll oder umgekehrt.

Herr Wohlgemuth erklärt, dass es bislang ein Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft war. Im Zusammenhang mit der Sanierung der Stadtteiche sind in den vergangenen Jahren erst die Konzepte entwickelt worden, die u. a. die Renaturierung der Gewässerrandstreifen beinhalten. Aus diesem Grund ist die Verwaltung der Auffassung, dass die Ausweisung des Vorbehaltsgebietes Landwirtschaft hier zurück gestuft werden sollte.

Herr Suhr berichtet, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Einzelpunkten Probleme sieht. Aus diesem Grund kann er der Vorlage zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen, sondern wird dann zur Bürgerschaftssitzung Änderungsanträge einbringen. Er zeigt Probleme z. B. beim Thema Ostansteuerung Ausbaggerung Wassertiefe 9,50 m auf. Es handelt sich um ein komplexes Vorhaben mit weit reichenden Auswirkungen, bei dem man nicht so einfach in einem Punkt der Stellungnahme entscheiden kann, ob man das gut findet oder nicht. Zu beachten sind FFH Gebiete, Vogelschutzgebiete die betroffen sind, ökologische Kriterien, die nicht abgewogen werden etc. Das müsste vermutlich umfassend diskutiert werden, um zu einem Ergebnis zu kommen, weil die ökonomischen Forderungen, die dahinter stehen natürlich nach zu vollziehen sind. Weitere Beispiele sind die Einstufung des Uferrandbereiches und Aufnahme der Regionalflughäfen Heringsdorf und Barth. Herr Suhr fragt nach, warum keine Aussage zur Bedeutung der Schienenanbindung des Bahnhofes Stralsund im Landesnetz zu finden ist, obwohl das Thema Verkehr im Kapitel 8. 3 genannt ist.

Herr Wohlgemuth erklärt, dass durch die Verwaltung beim Abgleich des LEP in der Ursprungfassung und seiner Fortschreibung keine Veränderung, die eine Verschlechterung der Schienenanbindung gegenüber dem vorherigen Status aufzeigt, finden konnte. Aus diesem Grund wurde keine Notwendigkeit gesehen, dies zum Thema der Stellungnahme zu machen. Der Handlungsbedarf in dieser Angelegenheit ist nicht zwingend Thema der Stellungnahme, sondern sollte in gesonderten Auseinandersetzungen mit der Bahn und dem Land geklärt werden.

Herr Suhr stellt folgenden Antrag:

„Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Ordnung und Stadtentwicklung fordert den Oberbürgermeister dazu auf, die Stellungnahme um eine Passage zu ergänzen, aus der die Bedeutung des Schienenverkehrs hervorgeht. Das Ziel muss sein, die Infrastruktur zu erhalten und auszubauen und mit attraktiven Angeboten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Der entsprechende Vorschlag zur Ergänzung der Stellungnahme soll der Bürgerschaft zu ihrer nächsten Sitzung vorgelegt werden.“

Herr Suhr plädiert weiter dafür, sich besonders für den Bereich Schienenverkehr zu positionieren. Er sieht Stralsund als wichtigen Knotenpunkt und bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass beim nächsten Fahrplanwechsel bereits Streichungen angedacht sind.

Auf Nachfrage von Herrn Lastovka erklärt Herr Suhr, dass es sich bei diesem Antrag um einen neuen Sachverhalt handelt, der so noch nicht im Landesraumentwicklungsprogramm enthalten ist. Daher bittet er bereits den Ausschuss sich hierzu zu positionieren. Evtl. folgende Anträge werden sich auf bereits genannte Probleme des Programms beziehen und daher erst in der Bürgerschaftssitzung gestellt werden.

Herr Werner berichtet, dass weitere sogenannte gebrochene Verkehre für den Schienenverkehrs angedacht sind. Dies bedeutet, dass sich mehrere Umsteigestationen auf einzelnen Strecken erforderlich machen, was die Nutzung des Schienenverkehrs nicht attraktiver gestaltet.

Herr Lastovka stellt den zuvor von Herrn Suhr genannten Antrag zur Abstimmung:

Abstimmung: 4 Zustimmungen      5 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

Die Ausschussmitglieder stimmen der Beschlussvorlage mehrheitlich zu und empfehlen der Bürgerschaft, die Vorlage B 0083/2014 entsprechend Punkt e) Beschlussempfehlung zu beschließen.

6 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      3 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 30.09.2014

gez. Nicole Böttner